

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Gedächtnisstr. 9-11 Uhr

Verleger: Hermann-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Kammerdebatte.

Das Echo der Erklärung Herriots in der französischen Presse.

Paris, 17. Juni. (W.T.B.) Als erster Interpellant ergreift der kommunistische Abg. Cachin das Wort, um über die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den Sowjets zu interpellieren. Der Abgeordnete zieht zunächst einen Trennungstrieb zwischen seiner Partei und der neuen Regierung. Sie stütze sich auf das kapitalistische Regime, das die Kommunisten zerstören wollen. Die Räumung von Syrien sei notwendig. Außerdem müsse in den Kolonien Pressefreiheit gewährt werden. Ein Sozialist fragt Cachin: Besteht Pressefreiheit in Rußland? Cachin antwortet darauf nicht, sondern bespricht im Anschluß hieran die Reparationsfrage. Nach seiner Ansicht wird der Sachverständigenplan ebenso wenig wie alle anderen, die man bisher zur Anwendung gebracht habe, das Reparationsproblem lösen. Man könne in Deutschland kein Gold finden. Man habe das Unrecht begangen, die Mitarbeit der deutschen Arbeiter bei dem Wiederaufbau abzulehnen. Das Comité des forces, geleitet von seinen kapitalistischen Interessen, habe es endlich dazu gebracht, daß die französischen Truppen das Ruhrgebiet besetzten. Jetzt kündige man die Räumung des Ruhrgebietes unter gewissen Bedingungen an. Warten wir die Entwicklung ab, sagte Cachin. Nach seiner Ansicht besteht die wahre Bedeutung des Expertenberichts darin, Deutschland und hierauf Frankreich unter die Herrschaft der angelsächsischen Bürokratie zu bringen. Die einzige Lösung des Reparationsproblems wäre die der Expropriierung der französischen und der deutschen Kapitalisten.

Nach Marcel Cachin, der zum Schluß für die Wiederherstellung der Beziehungen zu Rußland sprach, ergreift der rechts stehende Abg. von Paris, Rollin, das Wort, um über die allgemeine Politik der neuen Regierung zu interpellieren. Der Abg. Rollin, der der Republikanischen Union angehört, erklärt, seine politischen Freunde hätten nicht die Absicht, den Wahlsieg des Kartells der Linken anzuzweifeln oder Herriot das Recht streitig zu machen, an die Spitze der Regierung zu treten. Rollin verlangt Aufklärung darüber, wie weit die Amnestie gehen soll. Er bemängelt die Ausübung der Vollmacht beim Vatikan. Was Herriot vorschläge, sei eine Rückkehr zum Antiklerikalismus. Er beschwöre Herriot, diese ernste Frage des religiösen Glaubens in Frankreich in dem Geiste weitestgehender Toleranz zu regeln. In dem Augenblick, in dem Herriot sich nach London begeben, wolle er an ihn die Frage richten,

unter welchen Bedingungen er den Versäßer Frieden ausführen lassen wolle.

und ob er ihn nicht etwa so interpretiere, wie Léon Blum. Herriot müsse klar zum Ausdruck bringen.

daß die Regierung nicht im entferntesten auf die wichtigen Friedensgarantien, die Wacht am linken Rheinufer, verzichte.

Dem General Rollet spende der Abgeordnete das wärmste Lob. Er habe es sogar verstanden, den belgischen Sozialistenführer Bondeville von der deutschen Gefahr zu überzeugen. Herriot müsse seine ganze Kraft darauf verwenden, um die Rechte und Sicherheit Frankreichs zu verteidigen. Er dürfe niemals einem noch so geschwätigen Idealismus die effektiven und sicheren Garantien des französischen Rechts und der französischen Sicherheit opfern. Nach dieser Rede wird die Sitzung gegen 6 Uhr abends unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung interpellierte der elsassische Abgeordnete Oberkirch. Er sprach von den Rückwertigkeiten, die so bedeutende Summen einbringen sollen. Frankreich dürfe nicht noch einmal durch die beabsichtigte Milderung der Reparationsforderungen getäuscht werden.

Die Hauptfrage sei, ob man das Ruhrgebiet aufgeben. Deutschland werde sein Möglichstes tun, um den Sachverständigenbericht zurück zu machen, und keine Verpflichtungen nicht erfüllen. Die deutschen Rationalisten machten verzweifelte Anforderungen, um die Monarchie wiederherzustellen. Der Aufstand gegen die deutsche Republik habe begonnen. Man müsse seitens der französischen Regierung diesem Kampf die größte Aufmerksamkeit schenken.

Hierauf ergreift der ehemalige Vorsitzende der Reparationskommission Dubois das Wort, um einige Bemerkungen zur Reparationsfrage zu machen. Er weist darauf hin, daß Sachverständigenberichte entstehen könnten, weil der Sachverständigenbericht Teilzahlungen für die Reparationen vorsehe. Abg. Léon Blum ruft: „Das ist beabsichtigt!“ Louis Dubois erklärt, die Reparationen allein habe man auf 132 Goldmilliarden festgesetzt. Man müsse bedenken, daß Frankreich Deutschland nicht auszuliegen wolle. Deutschland könne bezahlen, denn nach dem Sachverständigenbericht habe es für mehr als 8 bis 9 Milliarden ausgeführt.

Briand erklärt in einer Zwischenbemerkung, daß während seiner Regierung das Wiesbadener Abkommen geschlossen worden sei. Das Reparationsproblem sei belastet, man müsse es objektiv behandeln. Es sei unglücklicherweise wahr, daß seit dem Waffenstillstand Deutschland nur sehr geringe Summen bezahlt habe. Es sei auch wahr, daß internationalen Konferenzen stattgefunden hätten und daß die Alliierten sich nicht hätten einigen können. Man hätte die Interessen ausgleichen müssen.

Dubois fährt dann fort: Das Einzige, was er als Präsident der Reparationskommission habe sagen können, sei, daß er in London den Zahlungsposten Lloyd Georges nicht angenommen habe und daß auf Betreiben von Briand die Reparationskommission schließlich entschieden habe, daß dieser etwas geändert werde. Er müsse auch die jetzige Regierung darauf hinweisen, daß

der Sachverständigenplan die Prozeduren der Reparationskommission in Frage stelle.

was nicht dem Sachverständigenplan entspreche und was schließlich den Deutschen Vorwand geben könnte, sich ihm zu entziehen. Schließlich stelle der Redner das Verlangen, daß mit der Reparationsfrage die Frage der interalliierten Schutzmaßnahmen behandelt werde. Sonst werde man Frankreich der Gefahr aus-

setzen, den Alliierten eine Milliarde mehr bezahlen zu müssen, als es von Deutschland erhalten habe. Hierauf wird die weitere Debatte auf Donnerstag vertagt.

Paris, 17. Juni. (W.T.B.) In der Kammer sind heute nachmittags drei Gesetzentwürfe eingebracht: ein Amnestiegesetz, ein Gesetzentwurf, durch den der Friedensvertrag von Lausanne mit der Türkei ratifiziert wird, und ein Gesetz über die Annullierung des Ermächtigungsgesetzes.

Echo der Presse.

Paris, 18. Juni. (Eca.) Die französische Presse der Rechten lehnt die gestrige Ministererklärung Herriots im Parlament gänzlich ab, nicht nur in ihren innerpolitischen, sondern auch in ihren außenpolitischen Ausführungen, besonders auch, wie vorausgesehen war, den Abzug über die Behandlung der Vorkriegsfrage beim Vatikan, den die „Victoire“ geradezu als Anklage des Religionstriebs bezeichnet. Das katholisch-reaktionäre „Echo de Paris“ sieht hier den ganzen Abgrund des verbohrt antiklerikalen Radikalismus gähnen.

Aber auch die übrigen außenpolitischen Gedanken der Regierungserklärung behagen der Rechten nicht. Insbesondere ist man nicht einverstanden mit der Rolle, die Herriot dem Völkerbunde zuschreibt.

Seine Äußerungen über die Ruhrfrage werden ebenso abgelehnt. Pertinax im „Echo de Paris“ behauptet sogar, trotz aller Erklärungen Herriots bleibe die unklare und unmissbare Ausbeutung des Ruhrgebietes das einzige wahrhaft wirksame Reparationsmittel. Herriots Hoffnung, daß der Völkerbund in der Überwachung der deutschen Rüstungen entscheidendes leisten könne, wie es in dieser Erklärung zum Ausdruck kam, nennt Pertinax eine „Pervertion des Geistes“.

Am nationalen „Ceclair“ schreibt Bure, Herriot vertraue auf den Völkerbund und auf die deutsche Demokratie, um die Rechte des französischen Frankreichs zu wahren. „Der arme Mann!“ Die deutsche Demokratie, meint Bure, sei ja unauffindbar. Stresemann und Raug würden nur hochschädelnd die armen politischen Söhne Herriots lesen.

Der Sachverständigenbericht, der schon so für Frankreich „ruinös“ gewesen ist, werde es erst recht nach der Behandlung, die ihm Herriot angedeihen lasse.

Die Hoffnungen Herriots auf die Beziehungen mit Rußland sind nach dem „Ceclair“ „zum Heulen“. Wie könne man normale Beziehungen mit einem Lande pflegen, das kein Gesetz mehr kenne!

Die Linkspresse aller Färbungen ist natürlich durchaus einverstanden mit der Kabinettsklärung, wenngleich einzelne Blätter gewisse Kompromißwendungen Herriots nicht ohne Einschränkungen gutheißern.

Das „Devoir“ erwartet, daß eine Politik der Eintracht zwischen den Alliierten, des Vertrauens auf den Völkerbund und des Friedens Frankreich eine größere Autorität verleihen werde als bisher. Die Solidarität der großen Völker mit Frankreich, die Sicherung ihrer Hilfe, die Entwicklung der demokratischen Kräfte in Deutschland, die Frankreich ermöglichen müsse, würden ihm bessere Sicherheiten geben als ein 18monatiger Kommissar Maginot auch legen möge.

Die „Tribune“ bedauert, daß Herriot über die Räumung des Ruhrgebietes „allzu unbestimmt“ rede. Sie meint, gewisse Kreise würden es notwendig gefunden haben, die Grenzlinie zwischen der letzten Vergangenheit und der Gegenwart scharfer zu ziehen. Es sei zu fürchten, man werde in Europa und auch in demokratischen Kreisen Frankreichs die Unklarheit der Herriot'schen Formeln als ein gewisses Zugeständnis an diejenigen Methoden auslegen, die durch die letzten Wahlen verurteilt seien. Bei alledem erkennt das Blatt eine Veränderung zum Besseren gegenüber dem von Poincaré angewandten Ton an. Das andere große Blatt des linken Blocks, der „Quotidiens“, äußert vor allen Dingen seine Befriedigung darüber, daß es nicht bei den Worten der Regierungserklärung geblieben sei und daß die versprochenen Gesetzesentwürfe zum großen Teil bereits eingebracht seien. Auch dieses Blatt hat Ausstellungen, besonders an Herriots innerer Politik, der Amnestiefrage und der Wahlrechtsfrage. Solange jedoch der Ministerpräsident und seine Mitarbeiter in enger Verbindung mit den Vätern des Volkes blieben, hätten sie keinerlei Überforderung zu befürchten. Sie könnten nur in Ungnade fallen, wenn sie den Augenblick vertreiben ließen, ohne mit ebensolcher Energie zu handeln, wie sie Anstand befehlen.

Das „Peuple“ freut sich vor allen Dingen über die Klarheit, die der Herriot als Regierungsoberhaupt von seiner Pflicht, den vom Lande ausgedrückten Willen in Handlungen umzusetzen, gesprochen habe. Das sei ein Zeichen von Vertrauen, das Erwiderung verdiene. Das Kabinet Herriot habe auch ein soziales Programm. Bisher habe kein Kabinet gewagt, sich den Forderungen der Arbeiterklasse mit dieser Selbstverständlichkeit anzupassen.

Die den wirtschaftlichen Kreisen nahestehende Presse hält sich vorläufig zurück. Die „Journée Industrielle“ meint, außenpolitisch sei der neue Ministerpräsident „so großzügig ideologisch“, daß es beunruhigend wäre, wenn man nicht seinen sicheren patriotischen Instinkt kenne. Genüge es tatsächlich, sich auf Gerechtigkeit zu stützen und den Frieden durch das Recht und die Ausübung der Verträge zu sichern? Hinsichtlich der Wiederaufnahme der Beziehungen mit Rußland sei Herriot profunder und klüger und erkläre, daß er sich selbst informieren wolle. Aus diesem Grunde sei die Frage der Garantien alles, und das Problem liege nicht darin, diese Garantien zu wünschen, sondern sie durchzuführen.

Die Bildung des neuen Kammerbüros.

Paris, 18. Juni. (Eca.) Heute findet keine Sitzung der Kammer statt. Dagegen werden die Parteien nachmittags zur Bildung der Kommissionen zusammenzutreten. Auf je 13 Abgeordnete einer Partei entfällt ein Kommissionsmitglied. Insgesamt bestehen die Kommissionen aus 44 Mitgliedern. Nachdem die Vizepräsidenten der Kammer Justin Godard, Dumesneuil und Ragnaldi in das Kabinet eingetreten sind, sind ihre Sitze neu zu belegen. Die Radikalsozialisten werden voraussichtlich auf die Nominierung eines Kandidaten für die Vizepräsidentenschaft verzichten. Die meisten Ausfahrten für die Vizepräsidentenschaft der Kammer besitzt der sozialistische Abgeordnete für Marcellin Ferdinand Bouissou.

Aus der Hölle der Insel Ré entlassen.

Paris, 18. Juni. (Eca.) 30 Deutsche, die wegen Unterdrückung des passiven Widerstandes verurteilt waren und auf der Insel Ré warteten, sind gestern nach Paris zurückgekehrt.

Englisch-französisch-belgische Verhandlungen.

Paris, 18. Juni. (W.T.B.) Der englische Delegierte im Völkerbund Lord Parmoor trifft heute vormittag in Paris ein. Er wird heute eine Unterredung mit Herriot haben. Die Unterredung Herriots mit dem belgischen Minister für auswärtige Angelegenheiten Hymans findet um 12 Uhr statt. Der „Zeit Pacifique“ schreibt darüber: Die belgische und die französische Reparationspolitik sind eng miteinander verknüpft, so daß es nützlich erscheint, daß die Ansichten über die wichtigen Fragen des Reparationsplanes, den den Gegenstand der Verhandlungen von Cheques bilden werden, zwischen Herriot und Hymans besprochen werden. Auf diese Weise wird die belgische Regierung über die Gedanken unterrichtet werden, die Herriot Macdonald zu entwickeln gedenkt. Die französisch-englischen Verhandlungen werden dadurch an Klarheit gewinnen, und es wird den belgischen Empfindungen Rechnung getragen werden.

Zwischen zwei Mühlsteinen.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, Mitte Juni. Ergebnisse englischer Nachwahlen müssen bei der Impulsivität und durch keinerlei grundsätzliche Erwägungen getriebenen Unbekümmertheit der englischen Wähler immer mit einer gewissen Vorherrschaft ausgewertet werden. Aber drei Nachwahlen in Wahlbezirken mit fastenmäßig völlig verschiedenartiger Wählerstruktur, erlauben schon gewisse Schlüsse. Und diese drei Nachwahlen zeigen, daß die Unpopularität der Liberalen in Stadt und Land seit den letzten Neuwahlen ungewöhnlich gewachsen ist. Die Wahlergebnisse erlauben diesen Schluß um so mehr, als sie nicht verteilt stehen, sondern mit allen Beobachtungen, die aus der gegenwärtigen innerpolitischen Situation abgeleitet werden können, übereinstimmen, jeder Blick auf die liberale Presse, auf die „Fraktion“ der Liberalen im Unterhaus macht das deutlich. Im Unterhaus hat die Zerrissenheit bereits einen solchen Grad erreicht, daß selbst den Führern dieser „Partei der Weiteren“ (wie Lloyd George, der es ja wissen muß, die Partei unlängst genannt hat) bang zu werden beginnt. Die liberale Partei ist, das wird von keiner Seite geleugnet, auf eine geradezu verzweifelte Art zwischen die Mühlsteine der konservativen und sozialistischen Politik geraten.

Wie war es möglich, daß eine Partei, die beinahe ein Jahrhundert lang der Politik Großbritanniens den Stempel aufgedrückt hat, in eine so verzweifelte Lage geraten konnte? Der Engländer ist geneigt, es bei einer Kritik an den Personen Asquith und Lloyd George bewenden zu lassen und höchstens noch darauf hinweisen, daß die parlamentarische Inkonsequenz der liberalen Politik ihre politische Existenzfähigkeit untergraben hat. Gewiß ist die Führung der Partei, dies Gegenstück Asquith-Lloyd George, die sich nicht ergänzen, sondern gegenseitig aufheben, ein Unglück für das Parteibild. Aber es wäre falsch, dies Gegenstück lediglich für einen unglücklichen Zufall zu halten. Er ist zweifellos ein Stück des Schicksals der Partei, Spiegelung innerer Gegensätze, Spiegelung der in der Parteiwirkenden, durch eine Welt getrennten verschiedenartigen Trieb- und Willenskräfte.

Man wird also schon Hefer gehen und sich erinnern müssen, was der englische Liberalismus von Hause aus ist, wenn man eine Erklärung für seine Tragödie finden will. Die liberale Partei ist nach ihrem Ursprung eine radikale, ja eine revolutionäre Partei. Sie hat von den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts ab das Antlitz Englands grundlegend verändert und immer wieder verstanden, durch Wahlrechtsreformen, Reformen der Verwaltung und Verbilligung des Staatsapparates und kulturpolitische Reformen weite Schichten des Bürgertums und der Arbeiterklasse an sich zu fesseln. Ende des Jahrhunderts hatte der Liberalismus seine große umformende Sendung erfüllt, der Kapitalismus selbst strebte, auf einer höheren Bindung derselben Spirale aus der Freiheit nach neuen Bindungen zurück, verlangte in allen

Ländern Schutz im Innern und Schutz von außen, auf der anderen Seite meldete eine immer klarer zum Selbstbewusstsein erwachende Arbeiterschaft auch in England ihre Ansprüche an, wenn sie diese Ansprüche auch im wesentlichen noch den alten Parteien präsentierte. Der Liberalismus suchte zum Teil diese Wandlungen mitzumachen, er war so wenig doktrinär wie irgend etwas in England, aber es ist klar, daß er damit in einen inneren Widerspruch mit sich selbst geriet, daß er in zwei Strömungen zerfallen mußte, die nachlings drängenden, die sozialen Interessen der Arbeiterschaft vertretenden Politiker und die nach rechts sich orientierenden imperialistischen Abgeordneten, hinter denen ein Teil des Handels und der Industrie stand. Die Umbildung des liberalen Kabinetts Asquiths in das konservative-liberale Kabinet Georges, zeigte, daß in einer kritischen Stunde der Liberalismus allein den Aufgaben nicht mehr gewachsen war. Langsam waren schon seit längerer Zeit gewisse Kreise der Wirtschaft mit ihrem Anhang zu den Konservativen übersiedelt, weil sie dort ihre Interessen unter den veränderten Umständen besser vertreten glaubten; zuerst langsam und dann nach 1918 mit immer größerer Geschwindigkeit ist die Arbeiterschaft zur Labour Party abgewandert.

Die letzten Wahlen haben die unterirdische Entwicklung ins hellste Licht gerückt. Nicht mehr Liberale und Konservative, sondern Arbeiter und Konservative standen sich nunmehr, zum ersten Male in der englischen Geschichte, als die großen Gegenspieler gegenüber.

Die Liberalen haben, zwischen den beiden Minoritätsparteien stehend, das Schicksal der Regierung in der Hand. Sie können täglich, wenn sie wollen, die Regierung stürzen. Ihre Redner vernichten Tag für Tag den Willen zum Sturz anzuzeigen — aber die Abstimmungen erweisen immer wieder die Unterstützung des größten Teiles der Liberalen für Macdonald. Man gibt der Arbeiterregierung immer wieder „eine neue Chance, sich zu Tode zu regieren“, man ist für „fair play“, „man wartet deshalb noch“ usw. hinter all dem steht nichts als die Angst vor Neuwahlen.

Die Liberalen haben mit einem moralischen Zusammenbruch der Arbeiterregierung gerechnet: sie haben sich verrechnet. Wie auch immer das Schicksal der Regierung Macdonalds sein mag, über welche große oder kleine Frage er immer stürzen mag, die Arbeiterschaft hat bewiesen, daß sie regieren kann, ihr Ansehen ist fest ins Bewusstsein der englischen Nation eingegraben, neue Schichten, die bisher im Gefolge der beiden bürgerlichen Parteien marschierten, sind ihr zugeflüchtet. Zwischen Labour Party und Konservativen wird sich der große Kampf um die Seele Großbritanniens in Zukunft abspielen. Darüber hilft auch der große Tamtam nicht hinweg, mit dem die Liberalen gerade in diesen Tagen unter der Anführung ihres Lambourmagers Lloyd George durch die Lande ziehen. Sie wissen selbst nur zu gut, daß der Jubel, der sie in den Meetings umbrantet, nichts bedeutet als Dank für rednerische Bravour, daß ihre, mit bemerkenswerter Geschicklichkeit von Sir Alfred Mond aufgelegene Kampagne nicht ein Vormarsch auf neuem Terrain ist, wie jeder Schritt, den die Arbeiterpartei draußen im Lande tut, sondern ein geschicktes Rückzugsgefecht, in dem man zu retten sucht, was noch zu retten ist.

Kommunisten und Terror.

Nicht individueller aber Massenterror.

Die „rote Fahne“ veröffentlicht einen Artikel von Eberlein, in dem der individuelle Terror, also das politische Attentat, mit denselben Gründen abgelehnt wird, aus denen es die Sozialdemokratie stets bekämpft hat. Man könnte diese Erklärung mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, wenn Eberlein nicht fortführe:

Während wir Kommunisten den individuellen Terror ablehnen, bekennen wir uns aber in der Periode des Bürgerkrieges zum Massenterror. Zum Massenterror, wie ihn

die bolschewistische Partei in Rußland in der Periode des Bürgerkrieges gehandhabt hat. Im Bürgerkrieg hat das Proletariat als Klasse die heilige Pflicht, sich nicht nur gegen die anstürmenden weißen Scharen der Bourgeoisie zu wehren, sie hat im Bürgerkrieg vielmehr die Aufgabe und die Pflicht, mit allen Mitteln offenst die Bourgeoisie anzugreifen und sie als Klasse zu vernichten, auch mit den Mitteln des Massenterrors.

Während wir den individuellen Terror als Kampfweise des Proletariats ablehnen, bekennen wir uns zum Gebrauch der Waffe des Massenterrors im offenen Bürgerkrieg.

Eberlein nennt diese Erklärung „klar und eindeutig“. Sie wäre es erst dann, wenn klar bestimmt wäre, wann „die Periode des Bürgerkrieges“ beginnt. Ebenso bleibt es eine offene Frage, ob es klug ist, sich zum Massenterror, zur Hinfichtung von Hunderttausenden wie in Rußland, zu bekennen, wenn die anderen, die abgeschlachtet werden sollen, die Macht in der Hand haben. Daß die Sozialdemokratie die Ankündigung solcher bluttriefenden Methoden und diese selbst entschieden verwerft, bedarf keiner besonderen Darlegung.

Zerlegung der KPR.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht ein geheimes Rundschreiben der russischen Kommunistenzentrale, gezeichnet Kamenew, Sinowjew und Stalin, in dem über die Zerlegung der Partei gellagt wird. Unerhörtes ereignete sich. Noch nie sei die Parteidisziplin so gelockert gewesen. Die Privatinteressen seien härter geworden als die Parteinteressen. Das Zentral-Exekutivkomitee sei entschlossen, mit allen Mitteln gegen dieses Uebel einzuschreiten.

Die tönende Schelle.

Schlange auf dem Kriegspfad.

Herr Schlange-Schönungen führt den inneren Beruf, sein etwas mißglücktes Debut im Reichstag in der „Deutschen Tageszeitung“ fortzusetzen. Wie im Reichstage, ist er entfernt von jeder Originalität. Er stimmt lediglich ein in den Chor der reaktionären Schreiber, die eine deutsche Präsidentenkrise herbeiführen möchten. Er schreibt:

„Der Reichspräsident Ebert ist zweifellos einer der geschicktesten Parteipolitiker der Gegenwart. Mit der Klugheit des Biedermanns schiebt er aus der siedenden Kesselle ganz unauffällig die Dinge so, daß sie seiner Sozialdemokratie zum Besten dienen. Einem ungeschriebenen Gesetz der parlamentarischen Demokratie entsprechend hätte er die Deutschnationalen als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt müssen; mit der tüchtigen Selbstständigkeit des wahren Demokraten setzte er sich über diesen Grundgesetz hinweg, weil sonst ja vielleicht auch der sozialdemokratische Preußenhron in unerwünschte Gefahr gekommen wäre. Und man spricht wohl keine Majestätsbeleidigung mit der Behauptung aus, daß er unter der Hand alles getan hat, um die Deutschnationalen fernzuhalten und ohne deren Mitwirkung eine Regierung hinstellen zu helfen, deren Hauptkennzeichen von Anfang an die durch die benötigte Unterstützung der Sozialdemokratie bedingte Flügellosigkeit ist. Und das in dieser Zeit, wo das Volk Entscheidungen geradezu über Tod und Leben entgegengeht! Ist sich Herr Dr. Stresemann bewußt, daß er, der mit seinem Einfluß die Amtsoverlängerung des Reichspräsidenten Ebert ermöglicht hat, einer der Hauptschuldigen daran ist, daß heute an der regierenden Stelle des Deutschen Reiches nicht ein Vertrauensmann der nationalen Kreise des Volkes steht, sondern der Beauftragte einer überlebten Partei, welche Deutschland doch wohl auch nach seiner Ansicht ins Unglück gebracht hat, und die auch heute noch ihren internationalen Phantosen nachjagt, aus denen für unser Volk immer nur noch größeres Unheil erwachsen kann?“

Herr Schlange will den Präsidenten Ebert stürzen, das ist klar. Wenn Phrasen ihn stürzen könnten, dann wäre er gestürzt; denn Herr Schlange scheint uns ein Meister in der wohlgedrehten Phrase mit einer gewissen inneren Komik zu sein. Aber wir sagen mit ihm: diese Phrasen

gegen den Präsidenten sind nichts als eine tönende Schelle, der im Endeffekt der Erfolg versagt bleiben wird. ...

Von kommenden Dingen.

Das Geheimnis des völkischen Staates.

Der Völkische Ausschuh der Deutschnationalen veranstaltet augenblicklich eine Werbeweche. Der unvermeidliche Professor der „Deutschen Zeitung“, Frhr. v. Freytag-Loringhoven, hat bei dieser Gelegenheit einen Vortrag über den kommenden Staat. Er denkt sich die Dinge so: Monarchie auf parlamentarischer und bundesstaatlicher Grundlage. Zweikammerparlament im Reich und in den Bundesstaaten. Neben dem Monarchen und den beiden Parlamenten steht ein Bundesrat mit erweiterten Vollmachten. Die „große Politik“ (?) wird den Parlamenten entzogen und bleibt Sache des „Staatsoberhauptes“. Die „auswärtige Politik“ hinwiederum wird dem Staatsoberhaupt entzogen und geht an einen „Auswärtigen Ausschuh“ des Bundesrats über. Also ein Rattenkönig von Parlamenten und Ausschüssen an Stelle der parlamentarischen Konzentration, wie sie die Weimarer Verfassung geschaffen hat, ist die Zukunftsmusik dieses völkischen Zeitgenossen. Mit einem kühnen Schnitt befreit dieser deutschvölkische Revolutionär den parlamentarischen Jopf und läßt seinem Zukunftsstaat statt dessen eine Allongeperücke von Parlamenten an.

Das ist selbst dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Coerling zuviel, der als Korrespondent auftrat. Er lehnt das Zweikammerparlament ab und glaubt „die feste Unterlage für den Aufbau des völkischen Staates der Zukunft zu gewinnen“, indem er in der Verfassung Bismarcks das allgemeine Wahlrecht befreitigt.

Das alles druckt die „Deutsche Zeitung“ geduldig ab, das Organ jenes Justizrats Claß, der Tag und Nacht daran arbeitet, das völkische Heil der Zukunft durch die Errichtung der Diktatur zu stabilisieren. Nimmt man noch die Pläne und Plänzchen hinzu, die in den Schreibstischen der nationalsozialistischen und freiheitsparteilichen Korpskriegen ruhen, so kann man sich ein klares Bild vom völkischen Zukunftsstaat machen. „Es muß etwas geschehen!“ kann man in den Blättern der Claß und Genossen täglich lesen. Das ist der einzige Punkt, über den man sich einig ist. Ueber alles andere herrscht ein wildes Durcheinander der Ansichten. Und um das zu dokumentieren, veranstaltet man eine — völkische Werbeweche.

Die preussische Städteordnung.

Eingemeindungsfrage und die Rechte der rheinischen Bürgermeister.

Im verstärkten Gemeindevorstand des Landtags begann am Dienstag die zweite Beratung der Städteordnung. Zunächst wurden die Eingemeindungsfrage und die Rechte der rheinischen Bürgermeister erörtert. Trotz der von der Regierung gegen die Beschlüsse der ersten Sitzung vorgebrachten Bedenken blieb es bei diesen Beschlüssen. Der Antrag der Rechtsparteien, die Gemeindeverbände, insbesondere die Kreise an den Beschlüssen über die Eingemeindung zu beteiligen, wurde abgelehnt.

Bei den Rechten der rheinischen Bürgermeister wurde besonders heftig gestritten um die Rechte der jetzigen Beigeordneten, die in Zukunft auch „Stadträte“ heißen. Die Beschlüsse der ersten Sitzung, wonach die Bürgermeister verpflichtet sind, regelmäßige Verwaltungskonferenzen abzuhalten, wurden trotz des Ansturmes der Rechtsparteien aufrechterhalten. Ganz überfällig wurde eine Änderung des § 51 beschlossen. Der Paragraph besagt, daß der Bürgermeister bei der Bürgermeisterübernahme Vorhändler der Stadtverordneten ist. Nach lebhaftem Vorgespräch wurde mit einer Stimme Mehrheit gegen die Rechtsbeschlossen, den § 51 zu streichen. Für die Streichung stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und ein Teil des Zentrums. Damit haben auch die rheinischen Gemeindevertretungen in Zukunft das Recht, den Vorhändler aus ihrer Mitte selbst zu wählen. Diese Beschlüsse bedeuten die Beseitigung des Absolutismus der rheinischen Bürgermeister.

Der Reichspräsident wird am Montag, 28. Juni, in Dresden eintreffen, um der Jahreschau deutscher Arbeit (Lehrtausstellung) einen Besuch abzustatten.

Das internationale Musikfest in Prag.

Schon die Tatsache, daß es heute endlich wieder möglich ist, ein solches Fest zu veranstalten und daß die zahlreichen Teilnehmer aus allen Ländern freundschaftlich-harmonisch miteinander in den Konzerten, Beratungen und geselligen Veranstaltungen verkehren, ist ein erfreuliches Zeichen der Einsicht, daß die Musik, wie kaum eine andere Kunst auf die Dauer der internationalen Beziehungen nicht entzogen kann. Mehr als die eigentlichen Konzerte und Festreden, vertieft dieser persönliche Kontakt der Musiker aus allen Kulturländern diese Beziehungen.

Die Konzerte waren leider so gehäuft, daß man manchmal 7 bis 8 Stunden Musik pro Tag hören mußte! Das geht über die Kräfte auch der besttrainierten „berufsmäßigen“ Konzertbesucher, besonders, da es sich um allerhöchste moderne Musik handelt — denn dies ist die Aufgabe der Internationalen Gesellschaft für neue Musik! Die Ueberfülle von rund drei Tausend Konzerten macht es unmöglich, über alle zu berichten. Das größte Entzücken riefen die Opern Smetanas hervor; es ist unbegreiflich, daß seine entzückenden heiteren volkstümlichen Opern, wie „Der Ruf“ oder „Das Geheimnis“, bei uns kaum je aufgeführt werden. Am schönsten offenbarte sich seine Kunst in seinem II. Quartett, das „Die Böhmen“ mit dem ganzen sinnlichen Zauber ihres Tones und klarster Gliederung vortrug. Die neuere tschechische Musik war durch eine finnische Dichtung „Reisezeit“ von Suk vertrieben, ein edel klingendes, schon instrumentiertes, aber unökonomisch langes Werk; ferner durch eine unheilvolle, unmerkliche „Symphonietta“ von Dstreich. Die neue englische Musik stellte eine ernsthaft, spröde, unfinnliche Sinfonie von Bar vor. Entgegengelegte Eindrücke vermittelten die Italiener: ein witziges, heiter-parodistisches Orchesterkonzert von Rieti und drei ganz kurze Charakterstücke „Eindrücke der Wirklichkeit“ von Malipiero, mit Hahnenkrähen und Tarantellamusik aus Capri. Unter die Franzosen rechnen sich auch in der Schweiz, in Lothringen und anderwärts geborene, in Frankreich lebende Musiker: Florent Schmitts Bacchanale kommt nicht über den Taumel Straußscher Decien hinaus; die Verherrlichung einer Lokomotive „vom Top Pacific, Marke 231 für Güterzüge“, der Honneger eine finnische Komposition widmet, ist in der Klangnachahmung wohl gelungen, aber sehr äußerlich und geräuschvoll. Bloch melodisch, aufs hymnisch-alttestamentarische eingestellter 22. Psalm und Roussels Sinfonie, die als letztes Werk völlig „müde“ Hörer fand, zeigen, daß Frankreich überreichlich bedacht war. Ein höchst eigenartiges, jahmendes Violinlangzeit des Russen Profasch und ein viel verwackelteres des Polen Symonowitsch führen uns nach Osten, von wo ja auch das Licht Strawinskis, des originellsten Musikers unserer Zeit, in die westlich orientierte Musikwelt drang. Was es an dem gänzlich unzureichenden Dirigenten Witkowski, daß der „Nachtgallengefang“ so leer und langweilig erklang? Wie konnte die Zeitung nur diesem selbststufelosen und ängstlich in die Partitur starrenden Durchschmittstapelmeister aus Egon gerade die schwerste Musik anvertrauen! Die Deutschen waren nur durch einen stimmungsvollen Liebergeklus „Som Lobe“ des Wieners Horwiz und die II. Sym-

phonie von Erdmann vertreten, die, klar disponiert, jauchendes Grubeln in moderne Klänge hüllt. Die Prager Deutsche Musik brachte u. a. die mit der größten Spannung erwartete Uraufführung einer von 15 Jahren geschriebenen „Oper“ von Schönberg, der „Erwartung“. Aber nur die Form der Sätze erinnert an die Oper: es erscheint eine Frau, die durch den nächsten Wald zum Geliebten geht und sich in Gedanken über ihre Liebe, in Unruhe, Angst und endlich in Verzweiflung und Resignation ergeht, als sie den Geliebten tot vorfindet. Der Eindruck war zwiespältig: Klar sah man, wie weit Schönberg in seinen Ausdrucksmitteln seiner Zeit vorausgeweiht ist und Wegbahner war; man war immerhin interessiert und erwiderte doch unter der steten Wiederholung ähnlicher Klänge für so viele, völlig verschiedene Stimmungen und Situationen. — Den Abschluß der Aufführungen bildete die deutsche Uraufführung von Maurice Ravel's defamatorischer „Spanischer Stunde“. Statt auf die Süßheit der Situation, die pridelnde, nervöse Erotik dieser Stunde, in der die junge Frau des Uhrmachers drei Viechhaber nacheinander mit wechselndem Erfolg einlöst, stellt der Komponist die Musik auf die Geräusche der Uhrmacherwerkstätte, des Schauspielers der Handlung — was immerhin auch amüsante Wirkungen ergibt.

Die Orchesterkonzerte des Musikfestes wurden von dortigen Philharmonikern bewundernswürdig ausgeführt. Ob der ständige Leiter, Talich, ein temperamentvoller, etwas robuster Musiker, oder die wechselnden Capidirenten, der elegante Valner Casella, der estnische Deutsche Schulz-Dornburg, der akademische Bose Fiteberg oder der bei weitem bedeutendste aller Festdirigenten, der deutsche Meister Reiner, den Amerita uns entriß, hat, am Ruck standen — stets folgte mit unermüdlichem Eifer das glänzend disziplinierte Orchester allen Andeutungen. Auch das Orchester der Deutschen Oper war unter der energischen und überlegenen Leitung von Zemitzki allen Anforderungen gewachsen.

Das Publikum applaudierte stürmisch und ohne Unterschied allen dargebotenen Musikstücken. Ja — Bach, Beethoven, Wagner und wie die alten, nun erlebten Künstler heißen, hatten es nicht so gut wie diese Generation der heutigen Jünglinge! Ob freilich solche mehr dem Intellekt als der Gemütsphäre entstammenden Werke die wahre Zukunftsmusik bedeuten, bezweifle ich. Jeder wird zu ihnen je nach seiner musikgeschichtlichen Erfahrung und seiner Weltanschauung Stellung nehmen. Wir haben die Natur und die Kulturstätten der alten Wundersstadt Prag und die Kunst der früheren Generationen böhmischer Musiker jedenfalls mehr seelische Bereicherung geodten, als die Konzerte mit neuer Musik, so interessant sie auch waren.

Ein Wiedersehen.

Von Dittfried.

Kurfürstendamm. Wildgewordene Chauffeure jagen ihre Wogen über schwarzen, spiegelblanken, wie von sorglosen Händen milchweiß gebohrten Asphalt. Nervös mahnende, schreiende und wieder durchaus überlegen drummende Hüpfensignale hegen Passanten über den

Jahrdamm. Ein unabsehbarer Menschenstrom schlendert, bunt durcheinander wimmelnd den Damm entlang. Alle Farben, Gerüche und blöden Redensarten erfreuen Aug', Nase und Ohr. Borniertes Volk, das verdrückt, grotesk übertriebene Moden zu tragen und zeigen sich verpflichtet fühlt, zwingt ab und zu zu ironischem Lächeln. Stimmt aber auch nachdenklich: hier der übertriebene Luxus, im Osten aber schlagen tausende Familien sich die Woche mit 25 Mark durch. Wie absurd aber auch, am Kurfürstendamm an Proletariat im Osten zu denken. Hier in der Straße der Staffage! Man schreie es hier einmal laut heraus — wenn man seines Lebens müde ist!

Ein junger schneidiger Mann (durchaus neuester Schnitt) fällt mir auf. Meine Augen suchen seinen verlegten ausweichenden Blick zu fangen. Fremd, wir kennen uns! Kurze Begrüßung. Wir wechseln einige Worte. Er kann nicht fagen und großt nicht mit seinem Schicksal. Er fährt jetzt ins Ausland, und brutal frech erpänt er mit zwinkernden Augen: „meinem Gelde nach!“ „Also, Geldeausblick?“ Er verweigert die Auskunft. Jawohl, das ist modern. Er fährt seinem Gelde nach!

Ich erinnere mich: vorn in der Feuerstellung vor Verdun kam dieser junge Herr zu uns. Dort sah ich ihn zuerst. Noch drei Tagen schon kannten wir ihn. Granatenschnepfen überließ er uns anderen. Als Einschüßigung erzählte er sofort von den köstlichen Reichthümern seiner Schwester. Grün. Er selbst beinahe „Traf!“ Bei nächster Gelegenheit wurde er „verdrückt“. Nach der Revolution war er gesund. Und wie gesund: er handelte mit allem und konnte bald sehr gut (stets auswendig) die Kurze. Devisen wie Effekten. Jawohl, er war „Chef“ einer Firma, die jetzt unter — Geschäftsaufsicht steht! Er aber fährt ins Ausland, seinem Gelde nach.

Ein Diner für 38 000 Personen. Ein begeisterter Bekehrter der drahtlosen Telephonie, der in Kallifornien als reicher Großgrundbesitzer lebt, hatte kürzlich den Einfall, „an alle, die es hören wollten“, die Einladung zu richten, sich bei ihm zu einem Diner einzufinden. In den nächsten drei Tagen empfing er nicht weniger als 27 000 Briefe von Unbekannten, die für die Einladung dankten und ihr Folge zu leisten versprachen. Angesichts dieses unerhofften Massenbesuches beüllte sich der unvorsichtige Gastgeber, 50 Röcke und Hunderte von Leuten zu engagieren, die bei der Tafel aufwarten sollten. Er kaufte 10 000 Kilo Fleisch, 50 000 Brate, 500 Kilo Zucker, die entsprechende Menge Kartoffeln und Obst und 30 000 Kilo Papier servieren. Damit glaubte er sich gegen alle Ueberfahrungen gesichert; aber trotzdem stimmte die Rechnung nicht. An dem für das Festessen angelegten Tag fanden sich um 2 Uhr nachmittags 60 000 Gäste auf dem weiträumigen Bestium ein. 38 000 wurden angenommen und durften an den im Freien aufgestellten endlosen Tischen Platz nehmen, während die 22 000 Ueberzähligen wegen Mangel an Platz und an Lebensmitteln ungeführt die Heimreise wieder antreten mußten.

Die verbotene „Gastlist“. Die Rheinlandkommission hat die geplanten Aufhebungen des Ludwigschen Schauspiel „Die Entlassung“ im höchsten Deutschen Theater durch Mitglieder des Altonaer Stadttheaters verboten.

Der Mord an Matteotti festgestellt.

Rom, 18. Juni. (W.B.) Durch die Untersuchung der Effekten Dominis' hat der Untersuchungsrichter die Tatsache des Mordes an Matteotti festgestellt. Der neue Steckbrief lautet daher nicht mehr auf Freiheitsberaubung, sondern auf vorfälligen Mord.

Wurde Matteotti heimlich bestattet?

Mailand, 18. Juni. (E.P.) Eine Woche nach dem Anschlag auf Matteotti verfiel sich die Gerüchte, daß der Leichnam Matteottis nicht gefunden werden solle und bereits heimlich bestattet worden sei. Große Kundgebungen und Ruhestörungen wären bei einer Beisetzungsfeier unermesslich und die Regierung wolle alle Demonstrationen ausschalten. In den italienischen Blättern ist das scharfe Urteil der schweizerischen, französischen und englischen Presse wiedergegeben.

Ein offizieller Beruhigungsversuch.

Rom, 18. Juni. (W.B.) Nach den letzten Verhandlungen ist die allgemeine Lage hier wieder ruhiger geworden. Wenn der ehemalige Presseschef noch verhaftet und die Leiche Matteottis herausgegeben würde, könnte die Lage schnell wieder normal werden. Die Neubestellung der Ministerien wird nach den Blättern auf Anfang Juli verschoben werden, damit es nicht den Anschein habe, als ob das Ministerium dem gegenwärtigen Druck nachgegeben habe, sowie in der Hoffnung, daß, nachdem die Tätigkeit getreten sind, die Oppositionsparteien entgegenkommender sein werden. Besonders wird verlangt, daß das Ansehen der Presse wiederhergestellt werde und daß Drohungen, wie sie in faschistischen Blättern zu lesen waren, sowie die Einmischung faschistischer Parteigrößen in die Zentral- und Provinzialverwaltung endgültig aufhöre. Darin erblicke man die Hauptaufgabe des neuen Innenministers.

Die belgische Kammer hat auf Antrag Vanderveeldes in einer an die italienische Kammer übermittelten Entschliessung einstimmig ihre Empörung über den Mord an Matteotti zum Ausdruck gebracht. In Paris fanden zwei große Protestkundgebungen mit anschließenden Straßenumzügen statt.

Die südafrikanischen Wahlen.

Kapstadt, 18. Juni. (W.B.) Nach den bis gestern abend vorliegenden Wahlergebnissen hat die südafrikanische Partei 25, die Arbeiterpartei 18, die Nationalisten 12 und die Unabhängigen einen Sitz erlangt. In Denver (Transvaal) ist der Arbeiterführer Dreswell gewählt.

Eine Wahlniederlage Smuts.

London, 18. Juni. (Ill.) Aus Kapstadt wird gemeldet, daß General Smuts, der südafrikanische Premierminister, bei den Wahlen unterlegen ist. Er wurde von dem Arbeiterkandidaten mit 1407 gegen 1022 Stimmen geschlagen.

Gutachten und Eisenbahnerabbau.

Ein frecher U.-Schwindel.

W.B. meldet: Die U. verbreitet ein Interview mit dem Eisenbahnsachverständigen Sir William Acworth. Auf die Frage des Vertreters der U., ob die Reorganisation der Reichsbahn nach dem Sachverständigen einen sehr erheblichen Personalabbau zur Folge haben werde, soll Acworth geantwortet haben, daß vielleicht 50, vielleicht aber auch 40, vielleicht 10 Proz. abgebaut würden. Das könnte er noch nicht sagen. Diese Sir William Acworth in den Mund gelegte Aeußerung ist falsch. Sir William Acworth hat dies dem Reichsverkehrsminister mitgeteilt und hat hervorgehoben, daß seine Aeußerung offenbar tendenziös entstellt worden ist. Er hat gebeten, sie folgendermaßen richtigzustellen: er habe gesagt, daß die Personalbemessung für die zu bildende Reichsbahngesellschaft nicht Aufgabe des Organisationskomitees sei, sondern lediglich Aufgabe der neuen deutschen Gesellschaft. Ob etwa 40 Proz. — nach dieser Zahl hat ihn der Interviewer gefragt — oder ein anderer Prozentsatz, vielleicht nur ein Prozent abgebaut — oder ob vielleicht 50 Proz. neu eingestellt werden müßten, das könne er gar nicht und habe er gar nicht zu sagen.

Am übrigen ist es Sir William Acworth selbstverständlich bekannt, daß der Personalstand der englischen Eisenbahnen, sowohl bezogen auf die Betriebslänge als auch auf Betriebsleistung, ein höherer ist, als der Personalstand der deutschen Eisenbahnen sogar vor dem Abbau.

Die Kreditnot.

Die Berliner Börse eröffnete auch heute wieder in ziemlich fester Haltung. Diese Tendenz gründet sich in der Hauptsache auf die Hoffnung, daß die Reichsbank angesichts der Stilllegung und Betriebseinschränkungen in der Industrie in naher Zukunft ein größeres Entgegenkommen in der Kreditgewährung zeigen werde. Tatsächlich geht ja sowohl aus den Mitteilungen in den letzten Tagen, die in Generalversammlungen größerer industrieller Betriebe gemacht wurden, wie auch aus dem neuesten Bericht über die Arbeitsmarktlage deutlich hervor, daß die Geschäftskrise, die bisher nur den Warenhandel und die Börse erfaßt hatte, auf die Gesamtwirtschaft in beängstigendem Maße übergreift. Man rechnet für die nächste Woche mit einem starken Answellen der Arbeitslosigkeit, wenn nicht in letzter Stunde der Industrie reichlichere Gelder zur Verfügung gestellt werden, um die Produktion im Gange zu erhalten. Immerhin fehlt es auch an der Börse nicht an pessimistischen Stimmen, die vor übertriebenen Hoffnungen warnen und hinweisen, daß die Reichsbank offenbar glaubt, daß die Kredite der Golddiskontbank vorläufig genügen, um die Wirtschaft im Gange zu erhalten. Jedenfalls sind diese Fragen augenblicklich an der Börse Gegenstand lebhafter Diskussionen. Da über die voraussichtliche Lösung keinerlei Klarheit besteht, schwankt die Tendenz des Effektenmarktes ziemlich stark. Aufwärtsbewegungen werden verhältnismäßig unermittelt durch Nachwüchsen abgelöst. Ein besonders lebhaftes Geschäft entwickelte sich heute am Markt der Kriegsanleihen, die bei Beginn des Geschäftes weiter bis auf 98 stiegen. Die Hauspariet operiert mit Hinweisen auf eine besondere Aufwertung dieses Papiers. Der Kreis der Käufer ist jedoch bei dieser Bewegung ziemlich klein, vor allem scheint das Publikum geneigt zu sein, sich nicht zu höheren Kursen Ware zu verkaufen. Die Lage des Geldmarktes ist unverändert. Tägliches Geld war heute mit 2/4 pro Mille täglich und darunter reichlich zu haben. Auch am Devisenmarkt zeigen sich keine wesentlichen Veränderungen.

Warenbörsen als Antwort auf das Einwanderungsverbot. Auf einer in Yokohama abgehaltenen Massenversammlung wurde beschlossen, amerikanische Waren zu boykottieren, nur indische Baumwolle einzuführen und Seide nur noch Europa auszuführen.

Schulkampf und Elternbeiratswahl.

Am Sonntag, den 22. Juni, wird in ganz Preußen eine Schlacht zwischen dem Kulturwillen der arbeitenden Bevölkerung und der Schulkonvention geschlagen. Schon seit Monaten ist dieser Kampf von der Reaktion aufs gründlichste vorbereitet. Die Geistlichen werden von hohen Kirchenbehörden zum Kampf für die christliche Schule befohlen, die reaktionäre Presse führt einen Verleumdungskrieg gegen alles, was an Schulreformen und Schulreformerinnen besteht. Besonders haben sie es auf die weltlichen und die Gemeinschaftsschulen abgesehen. Bald werden Schauermärchen von Sittenverderbnis und Unordnung erfunden, bald sollen die Leistungen in diesen Schulen schlechter sein als in den anderen Schulen. Wer diese Dinge genauer verfolgt hat, der weiß, daß es politische Brunnenergüsse schamloser Art ist, die hier getrieben wird. Man rechnet mit den Unzuverlässigen, die den Kampf nicht aufgeben werden, daher leicht einzufangen sind. Ein Sieg bei den Elternbeiratswahlen soll nur der Auftakt sein zu keiner reaktionären Schulreform. Das Reichsschulgesetz soll — wie es der deutschnationale Abgeordnete Mumm schon am Tage nach der Reichstagswahl forderte — im Sinne der Verkürzung des Schulwesens und der verschleierten geistlichen Schulaufsicht durchgeschleift werden. Die vierjährige Grundschule, diese soziale Errungenschaft der Weimarer Verfassung, soll durch eine dreijährige Grundschule für sogenannte Begabte wieder vernichtet werden. Die Neuordnung der Lehrerbildung, dieses Kernstück aller Schulreform, das schon 5 Jahre lang sabotiert wurde, soll reaktionär gestaltet werden. Alles, was an Freiheit und Sonne in unsere Schulen hineingedrungen ist, soll wieder hinausgetrieben werden. Unsozial und freiheitsfeindlich ist der Charakter auch der Schulkonvention. Jeder, der am Sonntag, den 22. Juni, die Liste der Christlich-Unionistischen wählt, führt einen politischen Kampf nicht nur gegen die Schulbestrebungen der Sozialdemokratischen Partei, sondern sogar gegen jede schulfreie Bewegung. Wer jedoch aus Gleichgültigkeit nicht zur Wahlurne geht, der ist nicht nur gleichgültig für sich und seine Kinder, sondern der ist auch gleichgültig gegen den Lügen- und Verleumdungskrieg, den die Christlich-Unionistischen seit Wochen und Monaten gegen alle linksgerichteten Schulreformen und Schulreformer höchst unchristlich in politischer Absicht führen. Drum darf es auch am Sonntag keine faumseligen und gleichgültigen Eltern geben. Wenn nur alle sozialdemokratischen Eltern ihre Pflicht tun, dann ist die Niederlage von vor 2 Jahren schon ausgeglichen.

Nur noch wenige Tage sind es bis zur Wahl. Sie müssen gründlich ausgenutzt werden durch aufklärende Agitation und durch wachsende Propaganda. Für den Wahltag selbst aber müssen alle Kräfte, junge wie alte, sich in den Dienst der Sache stellen, um jeden, der innerlich zu uns gehört, an die Wahlurne zu bringen.

Juniel schon haben wir unter dem Schulabbau gelitten, zu annehmend schon wagt sich die Reaktion hervor. Schlägt sie zurück bei der Elternbeiratswahl am 22. Juni, führt zum Siege die Liste

„Schulabbau“!

Mit falschen Papieren.

Ein Betrüger als Geistlicher und Gymnasiallehrer angestellt.

Als ein vielseitiger Schwindler, der sich nach berühmten Mustern gebildet zu haben scheint, wurde ein falscher Rechtsanwalt entlarvt. Der Inhaber eines Cafés in der Gegend des Potsdamer Platzes brauchte in einem Prozeß einen Rechtsbeistand und übertrug das Mandat einem Gast, der unter dem Namen eines Rechtsanwalts bei ihm verkehrte. Es fiel ihm dann aber auf, daß dieser Mann, seitdem er einen Vorstoß von 200 Mark erhalten hatte, wiederholt „Damen“ mißbrauchte und daß sein Auftreten nicht recht dem eines Rechtsanwalts entsprach. Er schöpfte Verdacht und machte Streifenbeamte der Kriminalpolizei auf ihn aufmerksam, die ihn dann festnahmen. Es ergab sich, daß der angebliche Rechtsanwalt ein Schwindler war, der schon seit neun Jahren den Strafbehörden zu schaffen gemacht hat, ein 27 Jahre alter, aus Guben gebürtiger Karl Seebach. Dieser Mann spielte sich früher als Schriftsteller, dann als Kriminalbeamter auf, wobei er sich mit einer Hundsteuerkarte auswies. Hierauf wurde er Privatdetektiv und schließlich Schauspieler. Im Kriege lag er einmal mit einem Theologen zusammen im Lazarett, dem er die Ausweispapiere stahl und mit ihnen seine Wanzentriebe spielte. In einem Vorort Berlins erhielt er eine Anstellung als Geistlicher und verließ sie 5 Monate lang, bis zufällig ein Landsmann ihn entlarvte. Mit falschen Papieren trat Seebach auch als Frauenarzt und an einem Gymnasium als Latein- und Religionslehrer auf. Als Heiratschwindler lockte er eine Gräfin ins Garn. Diese verlor nach Aufdeckung des Schwindels in das Ausland. Seebach aber benutzte die Papiere des Mannes, der sein Schwager hätte werden sollen, der aber als Gerichtsrat in Deutsch-Ostafrika gefallen war, den Kriegsgeschichten zu spielen. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis zu Regensburg trat er endlich als Rechtsanwalt auf, und er hatte auch bereits eine Anzahl Mandate bei allen drei Berliner Landgerichten.

Selbst gerichtet.

Nach einem Ueberfall auf seine Großmutter vergiftete sich gestern ein 19 Jahre alter Rechnungsführer Alexander Cappel, der auf einem Gut in Gollmitz bei Prenzlau angestellt war. Der junge Mann mißbrauchte das Vertrauen das man ihm dort schenkte und beging als Kassenführer Veruntreuungen. Als er dort entlassen wurde, nahm sich sein Großvater, ein Arzt in einem südlichen Bortort, seiner an. Der Mißbräute, der seit drei Tagen bei den Großeltern wohnte, sahnte das schied. Als er gestern nachmittag glaubte, daß die Großmutter schlief, während der Großvater in Berlin seiner Praxis nachging, schlich er sich auf den Strümpfen in das Schlafzimmer der Großeltern und erbrach eine Kanne, in der sie, wie er wußte, Geld aufbewahrten. Hierbei überraschte ihn die Großmutter. Er stürzte sich auf die alte Frau, schlug und würgte sie, bis sie bestimmungslos zusammenbrach. Der Bursche glaubte wohl, daß er die Frau getötet habe, ging in das keine Zimmer, das er bewohnte und öffnete alle Gasbahnen. Als am Abend der Arzt nach Hause kam, rief er seine Frau ins Bewußtsein zurück und benachrichtigte die Polizei. Man fand den Enkel in seiner mit Gas angefüllten Stube tot auf. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Protest der Treptower Laubkolonisten.

Wie bekannt, plant der Berliner Magistrat, verschiedene Treptower Laubkolonien räumen zu lassen, um dort Villen bzw. Siedlungshäuser bauen zu können. Die Berliner Landparteiengemeinschaft hatte nun am Dienstag eine Protestversammlung im Parkschloß Treptow einberufen. Um zu der Absicht des Magistrats Stellung zu nehmen. Etwa 200 Laubkolonisten füllten den Garten und den Saal, als die Vertreter der Organisationen der Kleingärtner die Protestgründe darlegten. Alle Befürworter klagen aus: Behrt Euch, Laubkolonisten, man will Euch eure Scholle nehmen! Nach einer äußerst regen Diskussion wurde eine Entschliessung angenommen, in der u. a. gegen die geplante Bebauung eines großen Teiles des Treptower Laubengeländes energisch protestiert wird. Die Versammelten protestieren gleichfalls gegen die Verschönerungsaktion, besonders in der Erlebigung der Frage der Dauerkolonien, wodurch in der Hauptsache die augenblickliche Gefährdung hervorgerufen werden konnte. Die im Reichsverband der Kleingärtnervereine Deutschlands organisierten hunderttausend Kleingärtner würden das Vorgehen des Magistrats als eine schwere Schädigung des Kleingartenwesens und des allgemeinen Volkswohls empfinden, da der

Kleingarten die allseitige und beste Erholungskätte des arbeitenden Volkes ist, durch welche Staat und Gemeinde von kostspieligen Kranken- und Langenheilstättenbau befreit werden.

Dienstdauer und Eisenbahnunfälle.

Besprechungen im Reichsverkehrsministerium.

Die zahlreichen Eisenbahnunfälle der letzten Zeit haben an vielen Stellen des deutschen Verkehrslebens zu der Erörterung der Frage geführt, ob die sich jetzt häufenden Zusammenstöße, Verletzungen in den Stellwerken usw. in ursächlichem Zusammenhang mit der verlängerten Dienstdauer der Beamten und Arbeiter zu bringen sind. Von den Spitzengewerkschaften sind nach dieser Richtung hin wiederholt Vorstellungen erhoben worden, die auch vom Reichsverkehrsministerium sehr ernsthaft geprüft worden sind. Tatsächlich besteht jetzt im Reichsverkehrsministerium selbst der Wunsch, durch eine Verschärfung der Betriebsvorschriften und durch eine schnellere Abführung der technisch verantwortungsvollen Beamten die Betriebssicherheit auf den Reichsbahnen wieder zu steigern und der Beunruhigung, die sich weiter Kreise der Bevölkerung bemächtigt hat, entgegenzutreten.

Der Reichsverkehrsminister hat die Beamtenorganisationen zum kommenden Sonnabend zu einer Besprechung über diese Frage geladen. Von den Organisationen ist eine ausführliche Denkschrift ausgearbeitet worden, die darin gipfelt, daß die Dienstdauer, vor allem des fahrtechnischen Personals, herabgesetzt wird. Man verlangt, daß die Schichten verkürzt werden und weist darauf hin, daß selbst verantwortungsvolle Beamte oder Arbeiter mit dem Wege von und nach der Dienststelle bis zu 18 Stunden beschäftigt sind. Im Interesse der Betriebssicherheit wird verlangt, daß das Fahrpersonal, ebenso wie die in den Stellwerken und in den Bureaus der Zugleitung tätigen Personen einschließlich der Wege von und nach der Dienststelle höchstens 12 Stunden in Anspruch genommen werden. Die Gewerkschaften wollen bei dieser Gelegenheit auch eine Statistik der Unfallsteigerung seit der Einführung der verlängerten Dienstdauer vorlegen. Es hat den Anschein, als ob das Reichsverkehrsministerium den von den Beamten- und Arbeitervertretern vorgebrachten Argumenten jetzt mehr Beachtung schenkt, als es bisher der Fall war.

Der Berliner Versuchssender.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist der zweite Sender für den Berliner Rundfunk, der in letzter Zeit auf etwas höherer Welle als der Vorhausender mitläuft, soweit durchkonstruiert, daß er die bisher von Königswusterhausen ausgeübte Übertragung mit größerer Energie übernehmen kann. Der neue Sender unterscheidet sich rein äußerlich von dem älteren im Vorhaus, bei dem alles laboratorienmäßig aufgebaut ist, dadurch, daß er in zwei gefälligen Schränken untergebracht ist, die in Verbindung mit einer großen Marmorplatte, dem Versuchsaufbau einen Anblick bieten. Durch Vermittlung der vier 500-Watt-Senderröhren strahlt dieser Sender mit Hilfe einer in 54 Meter über dem Erdboden hängenden dreifachen T-Antenne, eine Energie von reichlich einem Kilowatt aus. Die Lautstärke des neuen Senders ist in Groß-Berlin mit einfachen Detektorapparaten derart, daß der Empfang überall als gut bezeichnet werden kann, was sicher zur Erhöhung der Teilnehmerzahl beitragen wird.

Explosion einer Chlor-Schwefelsäure-Flasche. In der Norddeutschen Gummiwerke A.-G. in Tempelhof explodierte gestern beim Transport eine Chlor-Schwefelsäure-Flasche durch das Rollenlassen der Flasche. Drei Arbeiterinnen wurden verletzt, davon die Arbeiterinnen Anna Schwarz, Bielefelder Str. 16 und Frieda Steff, Turmstr. 5 so schwer, daß sie ins Urbanerkrankenhaus gebracht werden mußten, die dritte Arbeiterin kam mit leichten Verletzungen davon. Die Feuerwehr war eine halbe Stunde bei dem entstandenen Brand beschäftigt und konnte das Feuer endlich löschen.

Verabreichung einer amerikanischen Briefpost für Deutschland. Auf dem Dampfer Belgeland der Red Star Line haben Angehörige der Schiffsmannschaft einen am 8. Mai von New York abgegangenen Briefbeutel mit Einschreibungen für Genua-Hannover während der Fahrt von New York nach England geöffnet und bearbeitet. Bei der Feststellung des Inhalts durch das Postamt in Plymouth waren von den 228 Einschreibungen, die der Beutel enthalten sollte, nur noch 900 vorhanden. 392 Briefe hatten die Diebe gestohlen. Es handelt sich um Sendungen, die in den Vereinigten Staaten von Amerika von Ende April bis 8. Mai zur Post gegeben worden sind.

Elternversammlung für alle höheren Schulen Neutlins. Donnerstag, 16. Juni, abends 8 Uhr, Aula im Kaiser-Friedrich-Realschulhaus, Kaiser-Friedrich-Str. 208/10: „Warum wählen wir die Liste Schulabbau“. Ref.: Gen. Stadtrat Dr. Lorenzheim. Alle Eltern und Genossinnen müssen erscheinen.

Speech-Chor für proletarische Feiertage. Donnerstag abends 7 1/2 Uhr, im Gefängnis der Hohenzollern, Baumstr. 16/17, Versammlung. Vortrag: Arthur Giffen, Albert Florath. Jahresbericht, Neuwahlen.

Das Straßenbahnunglück in Jserlohn.

17 Tote, 35 Schwerverletzte.

Im heutigen Morgenblatt haben wir bereits kurz mitgeteilt, daß sich am Dienstag abend eine Katastrophe im Straßenbahnverkehr von Jserlohn zugetragen hat. Nach den neuesten, uns vorliegenden Meldungen, ist die Zahl der Verwundeten und Toten noch größer, als man zuerst angenommen hat. Bisher sind 17 Tote geborgen und 40 Verletzte, darunter 35 Schwerverletzte, festgestellt.

Zu dem furchtbaren Unglück, das in seiner Schwere und mit seinen verhängnisvollen Folgen einzig dastehen dürfte, in der Unfallchronik städtischer Straßenbahnen, erfahren wir nach folgende Einzelheiten: Kurz nach 7 Uhr abends verfuhr ein vollbesetzter vierachsiger Wagen der Straßenbahn die Bremse. Unglücklicherweise ist das Terrain gerade hier sehr steil. Der Wagen sauste infolgedessen mit unheimlicher Beschwindigkeit bergab und wurde zwischen Jserlohn und Obergriina aus den Schienen geschleudert. Er stürzte mit der Stirnseite auf eine Gartenmauer, zerstückelte sie und wurde schließlich unter eine alte Buche begraben, die der halboffene Wagen umgerissen hatte. An die Unglücksstätte eilten sofort Feuerwehrleute und Sanitäter. Zunächst aber schien es ganz unmöglich, aus dem wüsten Trümmerhaufen, der von dem zerstückelten Straßenbahnwagen, der Mauer und dem großen Baum gebildet wurde, überhaupt etwas zu retten. Man wußte nicht, wo man zuerst anpacken sollte, ohne die noch Lebenden unter den Trümmern zu gefährden. Schließlich gelang es, nach unendlicher Mühe, 17 Tote und 35 sehr schwer verletzte Personen, meistens Frauen und Mädchen, zu bergen. Der Führer des Wagens wurde fünf Meter weit in einen Garten geschleudert und war auf der Stelle tot.

Der verunglückte Wagen gehörte der Rheinisch-Westfälischen Kleinbahn, bei der die elektrische Energie durch sogenannte Röllchenleitungen zugeführt wird. Da bei dem Unglück nach dem Verlassen der Bremse auch die oben an der elektrischen Leitung entlanglaufende Rolle aus der Leitung sprang, konnte der Führer auch nicht die elektrische Bremse in Tätigkeit setzen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

21. Juni. Die Mitgliederversammlung findet erst am 25. Juni statt. Am 20. Juni müssen sämtliche Genossen sich zur Wahllokalität für die Elternbeiratswahlen im Gruppenführer zur Verfügung stellen.
22. Juni. Sonntag, abends 8 Uhr, bei G. G. Sitzung des Kreisverbandes.
23. Juni. Die für heute angelegte Funktionärsversammlung mit den Elternbeiräten findet nicht heute Mittwoch, sondern erst am Donnerstag, den 18. Juni, im Jagdschloß, Gruppe Charlottenburg, heute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Jugendheim, Köpenicker Str. Vortrag über den „Kampfbund Schwarzrot-Grün“.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Achtstundentag.

Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, hat einem Mitarbeiter der Express-Korrespondenz folgendes über den Achtstundentag gesagt:

Keine Frage verdient mehr als die des Achtstundentages die Aufmerksamkeit der international organisierten Arbeiter. Freilich ist es ohne weiteres natürlich und überlieferungsgemäß, sich in dieser Frage von rein nationalen Erwägungen leiten zu lassen. In allen Ländern bekämpft man den Achtstundentag durch Hinweise auf die Bedürfnisse der nationalen Wirtschaft und auf die Notwendigkeit des Wettbewerbes, auf Gefahren für das nationale Leben. Welche Illusionen und Lügen liegen oft in solcher Beweisführung!

Die Wahrheit ist, daß die Arbeiterklasse sich überall sehr um das Leben des eigenen Landes kümmert, und daß es unmöglich ist, die Grenze der Opfer, die die Verteidigung der gemeinsamen Lebensbedingungen von der Arbeiterklasse einer Nation fordert, festzulegen. Es gibt aber allgemein anerkannte und angenommene Grundsätze des internationalen Friedens. Alle Nationen haben feierlich erklärt, in ihren Wirtschaftsbeziehungen die Arbeits- und die Lebensbedingungen der Lohnarbeiter berücksichtigen und die gemeinsam festgelegten Grundsätze trotz des wirtschaftlichen Wettbewerbes nicht verletzen zu wollen. Daher müssen alle Nationen unter allen Umständen den Arbeitsvertrag Rechnung tragen, sowohl bei der Behandlung der Reparationsfragen und der Schulden, wie der Fragen der internationalen Kredit, bei Erteilung von Konzessionen an internationale Kapitalisten und beim Abschluß von Handelsverträgen.

Die Anerkennung des Achtstundentages ist eine Bedingung des dauernden Friedens und der Gerechtigkeit zwischen den Völkern.

Verbandstag des Deutschen Musiker-Verbandes.

Im Bankettsaal des Restaurants „Rheingold“ wurde am 16. Juni der 2. Verbandstag des Deutschen Musiker-Verbandes durch den Vorsitzenden Bauth eröffnet. An der Tagung nahm als Vertreter des Nordisch-Zentraleuropäischen Musikerbundes Karlander aus Stockholm teil, der vom Vorsitzenden herzlich willkommen geheißen wurde.

Der Vorsitzende gedachte in seiner Eröffnungsansprache der verstorbenen Kollegen Karlander-Stockholm überbrachte die Grüße des Nordisch-Zentraleuropäischen Musikerbundes. Stempel-Berlin begrüßte die Delegierten namens der Ortsgruppe Berlin. Darauf konstituierte sich der Verbandstag und wählte zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten Bauth und Prießel. Außerdem werden eine Mandatsprüfungskommission, eine Beschwerdekommision und eine Kommission zur Beratung der Besonderegeln gewählt. Die eigentlichen Beratungen beginnen am Dienstag.

Abbruch des Lohnkampfes in der Kachelofenindustrie.

Am 3. Juni hatte der Schlichter für die Provinz Brandenburg einen Schiedsspruch für den Bezirk 1 des Kachelofenfabrikantenverbandes (Provinzen Brandenburg, Pommern und Westfalen) gefällt, der einen Spitzenlohn (Ofenformer) von 56 Pf. festsetzte. In einzelnen Orten nahmen die Arbeitnehmer bei der Urabstimmung den Schiedsspruch an, während die übergroße Mehrheit, darunter die Bestener geschlossen, ihn ablehnten. Es machte sich nun eine erneute Ausprache der beteiligten Organisationen notwendig, zumal die Fabrikanten im ganzen Bezirk 1 die Ausprägung der Löhne vollzogen. Die Organisationen beschloßen, in Berlin nur gemeinsam die Verhandlungen zu führen. Ein Teil der Kachelofen, die im Transportarbeiterverband organisiert waren, nahm jedoch nach den Pfingstfeiertagen die Arbeit in Berlin wieder auf. Daraufhin wurde der Kampf von dieser Organisation aufgegeben. Die Löhne (im Bauarbeiterverband organisiert) und Hilfsarbeiter (im Fabrikarbeiterverband) streikten zwar weiter, doch machte sich auf Grund der Arbeitsaufnahme der Kachelofen eine gewisse Unruhe bemerkbar. Außerdem beschloßen die Ofenfabrikanten, eine Generalaussperrung über ganz Deutschland vorzunehmen, wenn bis Ende Juni in Berlin die Arbeit nicht aufgenommen würde. Die

streikenden Parteien trafen am 15. Juni nochmals zusammen, um in letzter Stunde die Verschärfung des Kampfes abzuwehren und eotl. zur Verständigung zu kommen. Es kam folgende Einigung zustande:

„Die tarifliche Grundlage für Ofenformer wird vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit auf 59,5 Pf. und der Multiplikator bei Akkordarbeiten auf 0,85 festgesetzt. Die Vereinbarung gilt bis zum 15. Juli einschließlich. Die Arbeit im Bezirk 1 wird, soweit technisch möglich, unverzüglich aufgenommen. Die Betriebsräte haben sich mit ihrer Betriebsleitung bezüglich der Arbeitsaufnahme unmittelbar in Verbindung zu setzen. Der Streik gilt nicht als Arbeitsunterbrechung. Nachregelungen finden nicht statt. Die Löhne und die Streitigkeiten der Scheidewärter und Hilfsarbeiter werden örtlich geregelt.“

Ueber die Arbeitszeit wurde nicht gestritten; es bleibt für die Löhner beim achtstündigen Arbeitstag. Die Regelung der Ferien ist wie im Vorjahre: auf je 40 Arbeitstage 1 Tag Urlaub bei voller Bezahlung; Stichtag ist der 1. Mai. Eine Streichung des bisherigen 10prozentigen Abganges für einige kleinere Provinzorte war nicht durchzuführen.

Eine Versammlung am Montag in Berlin, in der der Gauleiter Kemnitz referierte, sprach einstimmig den Unterhändlern ihr Vertrauen aus. Sie versicherte zu gleicher Zeit, den Kampf für Erreichung besserer Löhne nur vertagt zu haben, und bei gelegener Zeit ebenso geschlossen den Kampf wieder aufzunehmen, wie er beendet wurde.

Für die Ofenformer Berlins wurde am Montag vor dem Schlichtungsausschuß Berlin verhandelt. Man einigte sich schließlich dahin, am Donnerstag, den 26. Juni (nach Beendigung des Verbandstages der Unternehmer) erneut zu Verhandlungen zusammen zu treten. Erfolgt dann keine Verständigung, soll am 27. Juni der Schlichtungsausschuß entscheiden.

Einigung im chemographischen Gewerbe.

Wie wir bereits mitteilten, hatten die Unternehmer des chemographischen Gewerbes beschloßen, keine Neueinstellungen vorzunehmen. Für jeden Uebertretungsfall sollten 500 M. Konventionalstrafe gezahlt werden. Die Gegenmaßnahme der Gehilfenheit, die Uebertretungen zu verweigern, hat sofort gescheitert. In einer Tarifkommission erklärten die Unternehmer, ohne daß in eine Beratung über die Streitfall eingetreten wurde, daß sie ihren Beschluß aufgeben hätten. Da für die Maßnahme der Gehilfenheit die sachliche Unterlage nicht mehr vorhanden war, beschloßen die Chemographen, nun auch ihrerseits von ihrem Beschluß zurückzutreten. Wie in der Versammlung zum Ausdruck kam, ist aber nicht beabsichtigt, den Unternehmern in der Ueberfängerfrage“ nimmere wieder freie Hand zu lassen. Die Gehilfenvermieter im Tarifamt werden auch in Zukunft streng darauf sehen, daß die Arbeitgeber ihre Wünsche vor die Tarifkommission bringen. Die Chemographen haben die Vereinigungen und durchschlagenden Erfolg ihrem guten gewerkschaftlichen Zusammenhalt zu danken; Unorganisierte gibt es bei ihnen nicht.

Aufklärungsarbeit.

In der „Metallarbeiter-Zeitung“, dem Organ des Deutschen Metallarbeiterverbandes, wird folgendes Rundschreiben einer Unternehmerorganisation abgedruckt:

Arbeitgeberverein Arnberg, den 28. April 1924.
für das südöstl. Westfalen, Arnberg.
Tgl.-Nr. 130.

An unsere Mitglieder!

Wir machen hiermit auf das Blatt „Deutsche Werksgemeinschaft“ aufmerksam. Die Geschäftsstelle bittet uns um Angabe von Arbeiter- und Angestelltenadressen, damit das Blatt diesen in die Wohnung zur wirtschaftlichen Aufklärung gesandt werden kann. Die recht gut geschriebenen Artikel belehren die Arbeiter darüber, daß Streiks nur politische Wandoer sind, die den Mitgliederbund und der Gewerkschaften helfen sollen, das Wirtschaftsleben aber untergraben und damit in erster Reihe den Arbeiter schädigen. Die erste Vorbedingung für eine Besserung ist die Hebung der Wirtschaft durch ihre Befreiung von den Lasten des Verfalls der Verträge und der Ricum-Verträge und durch Mehrarbeit. Es wird (in dem gelben Blatt) eine weitere Spanne zwischen den Löhnen der gelehrten und ungelerten Arbeiter gefordert, ebenso die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit. Die überbetriebliche Lohnregelung, das ist durch Tarifverträge, wird be-

kannt. Bekanntlich hat der Nationalverband deutscher Berufsverbände, wie die Betriebsratswahlen zeigen, überall in letzter Zeit sehr an Boden gewonnen. . . .

Hochachtungsvoll Arbeitgeberverein für das südöstliche Westfalen, gez. Bergat u. Skaf.

Man sieht, wies gemacht wird. Herr Geißler, von Unternehmers Gnaden Vorsitzender des Nationalverbandes, braucht Papierföden für seine Mitgliederlisten. Da die Angabe nicht freiwillig kommen, werden sie gemacht. Die Angabe von Adressen genügt, um in einem Werk eine neue „Werksgemeinschaft“ entstehen zu lassen. Man kann sich aber schwerlich vorstellen, daß Arbeiter und Angestellte von einem Staat, das von Unternehmern bezahlt wird, sich für Mehrarbeit, Lohnkürzung für Richtiggelehrte, Jehntstundentag und Tarifvertragsabbau geminnen lassen werden. Sie werden schneller als den Drahtziehern lieb ist, merken, daß sie mit der Bekürze des Unternehmerlöhnes und der Mitgliedschaft in der Werks-gemeinschaft für Unternehmerrzwecke mißbraucht werden sollen. In diesem Sinne leistet die „Deutsche Werksgemeinschaft“ dankenswerte Aufklärungsarbeit.

Schiedsspruch für die Angestellten im Bergbau.

In dem Streitigkeitsverfahren über die Gehaltshöhe der kaufmännischen Angestellten im Bergbau ist Montag die auf Anrufen gebildete Schlichterkommission zusammengetreten. Nach Richtigungen von Einigungsversuchen zwischen den Parteien kam folgender Schiedsspruch zustande: 1. Die Sozialzulage und sonstigen Vergünstigungs-lagen bleiben in alter Höhe bestehen. 2. Die Gehälter der kaufmännischen Beamten sind vom 1. Juni ab im Durchschnitt um 10 Proz. in der Weise zu erhöhen, daß den Beamten eine Leistungszulage von 5-15 M. gewährt wird, wobei die örtliche Lage und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zeche Berücksichtigung finden sollen. Die Er-nährungsfrist läuft bis zum 19. Juni 1924.

Arbeitslosenprobleme in Großbritanien. Das britische Arbeitsministerium hat eine Erhebung über die persönlichen Verhältnisse und die Arbeitsaufnahme der Bewerber um Arbeitslosenunterstützung ausgeführt. Deren Ergebnisse jüngst veröffentlicht wurden. Damit wird unter anderem auch die Frage behandelt, in wie weit sich wirtschaftlich unbrauchbare Elemente unter den Arbeitslosen befinden. Aus den Feststellungen geht hervor, daß unter gewöhnlichen Umständen zwei Drittel der betroffenen Männer und fast drei Viertel der Frauen regelmäßig Arbeit haben würden. Nur 3,6 Proz. der Männer und 2 Proz. der Frauen gehören zu denjenigen, die an der Grenze der Verwendungsfähigkeit stehen, wozu wieder die meisten älteren oder alte Leute sind; über 60 Jahre alt war vor ihnen mehr als die Hälfte der Männer und über ein Drittel der Frauen; auch waren viele unterernährt, kränklich oder mit Körpermängeln behaftet. Weiteres berichtet die Zeitschrift „Industrial and Labour Information“ (herausgegeben vom Internationalen Arbeitsamt).

622. Buchdruckerei Anstehende Preiskontrollversammlungen finden statt: am Donnerstag abend 7 1/2 Uhr: 1. Bezirk: Amminshausen, Bremer Straße 72/73; 2. Bezirk: bei Bierbaum, Postamtstr. 2; 4. Bezirk: bei Francke, Buchengasse Str. 16; 5. Bezirk: bei Weidinger, Weidingerstr. 2; 7. Bezirk: bei Wandtke, Bahnhofsstr. 26. Freitag abend 7 1/2 Uhr: 3. Bezirk: bei Ring-Danphler Str. 71; 8. Bezirk: bei Gohle, Hermannstr. 199; Sonntag mittag 10 Uhr: 9. Bezirk: bei Reimer, Wilhelmstr. Str. 21; 10. Bezirk: eine halbe Stunde vor der Bezirksversammlung am Montag, den 24. Juni. Selbständige Erscheinung ersuchen!

Der Preiskontrollverband. S. M. Otto-Giebler.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das allbekannte Großdetail-Schuhgeschäft Wülfelstraße 25 mit einem großen Rollwagen-Damen- und Herrenschuh-Lager hat wiederum ein ganz besonders günstiges Angebot, welches billiger als im Frühen ist. Es empfiehlt sich daher nun diesem Angebot Schluß zu machen und vorzuziehen wir auf das Folgende in der heutigen Ausgabe.

Verantwortlich für Politik: Carl Reuter; Wirtschaft: Erich Götter; Gewerkschaftsbewegung: Julius Götter; Redaktion: Dr. John Schilke; Verlag: Hermann-Böckig G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Böckig-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin. E. G. Lindenstraße 2. Stern 2 Beilagen.

Vertreter an allen Orten gesucht.
Generalvertr. f. alle Provinzen gesucht.
Für Vertreter kein Kapital erforderlich.
Für Generalvertr. etwa 100-200 Mk. um die Organisation durchführen zu können. Nur Heil. Pers., auch Frauen.
Um nur ernsthafte Offerten zu erhalten, senden wir nur Material an solche, die f. Porto, Material, etc. 1 Mk. einsenden.
Max Seidel, Königsberg in Pr.
Postschleibach 45. Postcheckkto. 238.

Sprechapparate von Mark **4.50**
Anzahlung an, Rest auf 1/2 Jahr verteilt.

Schallplatten von Mark **0.45**
Anzahlung an, Rest auf 1/2 Jahr verteilt.

Robert Bork, W. 30, Heilbronner Str. 9
Tel.: Nollendorf 387

Hecht Tabakwaren- und Zigarrenfabrikation
Zigaretten, Zigarren, Tabak billig
Lindenstr. 81

Scanzelpenden jeder Wert
Hecht preiswert:
Paul Gollert, normals Akust. Netz, Mariannenstr. 1, Amt Str. 10300.

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
gestattet h. z. Anzahl u. wöchentlich Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummiplatte v. 3 G.-M. an. Zahn- mit Beschub 1 G.-M. h. Bestelle von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 2000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Matvani, Danziger Strasse 1, hauser Allee.
Vorzeiger 10% Rabatt.

Ruhebetten 20 u. 170 M.
Kleingarnit. 170 M.
Chaiselong. 12 M.
Neuküchen, Anzengrubersstr. 2

54de Jahrgang
1924
Sollinger Str. 4
Köln 4661

Keine Wanze
mehr nach Gebrauch von Weidner's „Wanzen-Abwehr“, der Wanzen droher Feind. Drogen eine für Wanzen abtötend wirkende Substanz, die in die verletzten Stellen, hinter Tapeten usw. einströmt, mit vernichtender Kraft auch die sonst nicht erreichbaren Stellen des Hauses abtötet.
Größe II 8.00, Gr. III 1.00, Gr. IV 2.00.
Wanzen-Abwehr Otto Weidner, Berlin 45, SO. Odenburgerstr. 4. Größt. in Preußen, aber sagt nur mit der bestimmten Marke.

Unser gewaltiger Preisabbau für gute Qualitätsware bis 30% billiger.

Breite Schickeschuhe.
Prima R'Chevreauz, mod. spitzes Form, halbb. Absatz.
8.00

Damen-Halbschuh, mod. Form, 4.00
R'Chevreauz u. Chromleder, hoher Absatz

Braun echi Chevreauz Schnür- u. Spangenschuh 5.00
Tagespreis ca. 9 M.

Orig. Goodyear Welt, 10.00
braun u. schwarz, hoch, Boxkall, R'Chevreauz, Größe 36-42

Infolge der großen Geldknappheit ist es uns wieder gelungen, große Posten erstklassiger Ware unter besonderen Umständen billig anzukaufen. Wir bringen diese unserer W. Kundenschaft zum außerordentlich billigen Preis zum Verkauf, so z. B. braun und schwarze Orig. Goodyear-Welt, samt Boxkall, Herren- u. Damenstiefel u. Halbschuhe mit 1250 M. Erstklassige Herrenstiefel Original Goodyear-Welt mit starker durchgehender Doppelsohle 1250, braun echi Chevreauz-Damen-Schnür- u. Spangenschuhe 8.50, Herrenstiefel samt Boxkall 8.50. Es handelt sich hier nicht um Einzelstücke, wie solche von manchen Firmen inseriert werden, sondern die Sachen sind in allen Größen am Lager. Wegen des großen Andranges bitten wir möglichst die Vormittagsstunden zu wählen.

Hier nur einige Beispiele unserer Lager über 30000 Paar.

Zirka 600 Paar Leinen-Schnür- u. Spangenschuhe, darunter erstklassiges Fabrikat, durchweg Paar jetzt 1.95

Turnschuhe mit star-ker Spallleder-Sohle, Gr. 36-42 1.25

Pa. Lacklederschuh mod. kurze Form, gutes Fabr., brh. 14.50, jetzt 8.00

Dirndlstoffhausschuhe 95 Pf.
für Damen, einfarbige Farben

Herren-Halbschuh Orig. Goodyear Welt, braun u. schwarz, echi Boxkall, erstkl. Fabrik, brh. 16.50, 19.50 jetzt 12.50

Herren-Halbschuh schwarz, Chromleder u. R-Chevreauz 7.90

dito braun, mod. halbspitzen Form, Boxkall, 11.90

Orig. Goodyear Welt 12.50
fröh. 16.50, 19.50 und 21.50 jetzt

(mindest Boxkall, braun und schwarz sowie Boxkall- und R'Chevreauzspitze u. runde Formen.)

Herrnstiefel, breite Form, echi Boxkall, Lederbrandsohle 5.00

dito, braun Boxkall, mod. Form, sehr solide 11.00

Herrnstiefel, auf echtem Rand gemacht, teils durchgehende Doppelsohle, dito. Orig. Goodyear Welt pr. Mat. u. durchgeh. Doppelsohle, erstkl. Fabr., brh. 21.50, jetzt 12.50

Leder-Hausschuh
Niederster erstklassiges Fabrikat, schwarz u. braun, Krokodill sowie Leder-spangenschuhe.
Größe 36-42

Pantoffel 55 Pf.
Herren 66, Damen

Gross-Detail Schuh-Lokal Behrnsdt
Münzstr. 25
Frankfurter Allee 54
Kottbuser Damm 13

Kinderstiefel
echt u. Größe Leder 13-20
Größt. Kinderstief. bill. **65 Pf.**

Kinderstiefel
echt Boxkall u. krat. ug. Wichspalt, Größe 21-36
21-36 4.50, Gr. 37-38 **3.90**